

Kreistag des Landkreises Altenburger Land  
Ausschuss für Soziales und Gesundheit

**Niederschrift**

**SGA/034/2014**

der 34. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit - **öffentlicher Teil** -  
am Donnerstag, dem 24.04.2014, 17:00 Uhr, im Landratsamt Altenburger Land,  
Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Ratssaal

---

**Anwesenheit:**

Landrätin

Sojka, Michaela ab 17:30 Uhr

Fraktion CDU

Götze, Wolfgang Vertretung für Herrn Dr. Hans-Joachim  
Horny

Gumprecht, Christian  
Tanzmann, Frank

Fraktion SPD

Prehl, Ingo Vertretung für Frau Martina Zehmisch  
Schemmel, Volker

Fraktion Die Linke. Altenburger Land

Fache, Sabine  
Plötner, Ralf

Fraktion FDP

Scheidel, Daniel Vertretung für Landrätin bis 17:30 Uhr,  
i.V. für Dr. Harald Kunze 17:31  
bis 19:30 Uhr

beratende Mitglieder

Arndt, Christiane  
Ebert, Barbara  
Matzulla, Gabriele  
Templin, Anja berufl. Gründe

hauptamtl. Beigeordnete

Gräfe, Christine krank

Fachbereichsleiter

Nowosatko, Dirk

Fachdienstleiter

Blüher, Bernhard Dr. med.  
Weichelt, Steffi

**Entschuldigt:**

Fraktion Die Regionalen

Bugar, Hans-Peter krank

Unentschuldig

Pradel, Henrik Dr.

weitere Teilnehmer/Gäste

Herr Strecker – Horizonte GmbH  
Herr Woratz – Suchtberatungsstelle  
Frau Dittmann – Familienhebamme  
Frau Knoll – Hebamme  
Herr Haegeler, Presse (OVZ)

**Vorsitz:** Christian Gumprecht  
**Schriftführung:** Barbara Hillig  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 19:35 Uhr

**Verlauf der Sitzung:**

Der Vorsitzende, Herr Gumprecht, eröffnet die 34. Sitzung des Ausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt Herrn Nowosatko als neuen Fachbereichsleiter des Fachbereiches 2 und Jugendamtsleiter vor und wünscht ihm viel Erfolg in der neuen Tätigkeit. Er begrüßt außerdem Frau Dittmann als Familienhebamme des Landkreises Altenburger Land und Frau Birgit Knoll, die als freie Hebamme am Klinikum Altenburger Land tätig ist. Herr Woratz von der psychosozialen Suchtberatungsstelle der HORIZONTE GmbH wird ab 17:30 Uhr an der Beratung teilnehmen und zur Thematik Drogenkonsum und Suchtkrankheiten im Landkreis berichten.

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**Tagesordnung:**

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die 33. Sitzung vom 20.02.14
- 2 Bericht über die Ausschussarbeit in der Wahlperiode
- 3 Situation der Hebammen im Landkreis
- 4 Entwicklung von Drogenkonsum und Suchtkrankheiten im Land-

**Drucksachen Nr.**

kreis

5 Rufbereitschaft Sozialpsychiatrischer Dienst

6 Sonstiges, Allgemeines

## **TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 33. Sitzung vom 20.02.14**

Die Niederschrift wird mehrheitlich genehmigt.

## **TOP 2 Bericht über die Ausschussarbeit in der Wahlperiode**

Herr Gumprecht berichtet über die Ausschussarbeit der vergangenen Wahlperiode. Ein Hauptthema war der jährliche Haushaltsplan. Hier kann festgestellt werden, dass der Sozialhaushalt in seiner Gesamtheit immer ausreichend war und es in keinem Jahr Überschreitungen gegeben hat. Der Ausschuss hat sich weiterhin mit dem Thema Krankenhaus und Gesundheitseinrichtungen beschäftigt und sich für ausreichende finanzielle Förderung für Projekte in der HORIZONTE GmbH eingesetzt. Im Juni 2010 stand das Thema der Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der psychosozialen Betreuung im Landkreis auf der Tagesordnung. Im Herbst 2010 wurde die Frühförderverordnung verabschiedet. Ein großes Thema war die Gründung der ARGE. Im Sommer 2011 wurde durch eine Praktikantin der Sozialstrukturatlas für den Landkreis erarbeitet, der als Arbeitsgrundlage für den Ausschuss und für die Verwaltung dienen sollte. Ein weiteres Thema war die Arbeit des Psychiatriebeirates und die Vorstellung des Gesundheitsbeirates. Weiterhin gab es eine Neufassung der Richtlinie zur Förderung der Kinder im Vorschulalter. Durch Frau Matzulla wurde eine Besichtigung des Pflegeheimes Löbichau organisiert in Verbindung mit einer Ausschusssitzung. Im Rahmen der Haushaltsdiskussion für 2014 stand das Thema Zuschussbedarf der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle nochmals auf der Tagesordnung. Es gab Informationen und Zustimmung zum Thema AUDIT familien-gerechter und gesunder Landkreis. Der Ausschuss hat sich auch mehrfach mit den Kosten der Unterkunft (Unterkunftsrichtlinie) beschäftigt.

Das sollte nur ein grober Überblick über die Tätigkeit des SGA in der vergangenen Wahlperiode sein.

Weiterhin informiert Herr Gumprecht über die Teilnahme an den Ausschusssitzungen. Diese betrug bei den beschließenden Mitgliedern 78 % und bei den beratenden Mitgliedern 60 %.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Zusammenarbeit.

Herr Gumprecht informiert, dass Frau Gräfe zur Kreistagssitzung am 07.05.2014 verabschiedet wird. Da er selbst an diesem Tag erst später an der Sitzung teilnehmen kann, bittet er darum, dass ein Mitglied des SGA ein paar Dankesworte an Frau Gräfe richtet. Er schlägt vor, dass dies Frank Tanzmann übernehmen sollte, da Frau Gräfe auch im Jugendhilfeausschuss mitgewirkt hat. Es gibt keine anderen Vorschläge, so dass Herr Tanzmann beauftragt wird, diesen Part zu übernehmen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Anfragen.

## **TOP 3 Situation der Hebammen im Landkreis**

Herr Gumprecht begrüßt nochmals Frau Dittmann und Frau Knoll und bittet sie um die Darstellung der Situation der Hebammen im Landkreis. Die Frage ist, wie der Berufsstand der Hebammen in Zukunft noch gewährleistet sein wird. Die Diskussion ist

durch die horrend angestiegenen Versicherungsleistungen für Hebammen entstanden. Auch die Hebammenleistungen innerhalb der Kassenvergütung müssen besser gestellt werden.

Frau Knoll berichtet, dass sie seit Oktober 2013 in Altenburg am Klinikum als freiberuflich tätige Hebamme arbeitet. Sie hat eine Berufserfahrung von 33 Jahren, davon war sie 28 Jahre im Angestelltenverhältnis tätig. Es gibt im Landkreis ca. 400 Geburten im Jahr. Am Klinikum sind 7 Hebammen freiberuflich tätig, die eine 24-stündige Präsenz gewährleisten. Die Einteilung geschieht in 24-Stundendiensten bzw. 12-Stundendiensten. Die Frauen werden von Beginn der Schwangerschaft an betreut, während der Geburt und danach, so lange wie im Einzelfall erforderlich bzw. so lange die Kinder gestillt werden. Frau Knoll hat vor ihrer Tätigkeit hier in Meeraue/Glauchau gearbeitet. Es kommt immer öfter vor, dass von dort ansässigen Ärzten die Anfrage an sie gerichtet wird, ob sie in diesem Bereich die Betreuung von Schwangeren übernehmen kann, da nicht genügend Hebammen zur Verfügung stehen. Das ist eine schwierige Situation für die werdenden Mütter und es entstehen viele Unsicherheiten. Die Hebammen hier haben alle Spezialausbildungen absolviert (Akupunktur, Homöopathie), um die Betreuung der Frauen ganzheitlich garantieren zu können. Die Hebammen stellen sehr oft persönliche Belange in den Hintergrund, um die Versorgung der Schwangeren abzusichern und für diese da zu sein.

Herr Gumprecht dankt für die Ausführungen von Frau Knoll. Er möchte wissen, ob es auch noch Hausgeburten gibt.

Dies wird von den Hebammen verneint.

Er fragt, wie hoch die Anzahl der Entbindungen außerhalb des Landkreises ist und schätzt selbst ein, dass es etwa 15 % sind.

Frau Dittmann erklärt, dass es noch mehr freiberuflich tätige Hebammen im Landkreis gibt, als die, die am Krankenhaus tätig sind. Borna stellt eine gewisse Konkurrenz zu Altenburg dar, es wird auch durch Borna in Altenburg beworben. Es gibt das Gerücht, dass es in Borna den „Wunschkaiserschnitt“ gibt und in Altenburg nicht. Weitere Kliniken sind Glauchau und Gera. Es kann aber trotzdem auf den Standort Altenburg nicht verzichtet werden. Die Geburtshilfe vor Ort muss erhalten bleiben, um den Schwangeren genügend Sicherheit geben zu können, und die Wege zum Entbindungsort sollten nicht zu weit sein. Frau Dittmann geht noch einmal auf die hohe Einsatzbereitschaft und den damit verbundenen Enthusiasmus der Hebammen ein, auch vor dem Hintergrund der geringen Entlohnung und der hohen finanziellen Absicherung. Laut IGEL-Studie bekommen die Hebammen einen Stundenlohn von 8,50 Euro. Es fehlt nicht an Anerkennung der Arbeit der Hebammen, aber die Entlohnung ist nicht akzeptabel. Die Tätigkeit der Hebammen hat sich in den letzten Jahren sehr verändert durch die soziale Struktur in den Familien. Es gibt sehr viele alleinerziehende junge Mütter mit finanziellen Problemen, 10 bis 15 % der Wöchnerinnen entwickeln Wochenbettdepressionen, es gibt Gewalt in den Familien, Drogen- und Alkoholprobleme, so dass die Hausbesuche sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen, es wird nur eine halbe Stunde pro Hausbesuch bezahlt. Sie ist der Meinung, Sympathiebekundungen gibt es genug, sie wünscht sich von Kreisebene eine absolute Zustimmung, dass die Hebammen gebraucht werden, da sie ganz viel präventive Arbeit zur Gesundheitssicherung leisten und eine entsprechende Unterstützung erforderlich ist. Es ist eine Tatsache, dass sich immer mehr Hebammen aus der Geburtshilfe zurückziehen, da die Bedingungen schlechter werden. In Thüringen gibt es einen Hebammenmangel.

Frau Knoll weist darauf hin, dass auch die Hebammen am Klinikum ihre Versicherungssummen selbst tragen müssen und diese betragen momentan 4.242 Euro/Jahr, ab Juli 2014 sind es 5.090 Euro und im nächsten Jahr über 6.000 Euro. Wenn von

einem gesunden Landkreis gesprochen wird, muss auch an die Schwangeren gedacht werden.

Herr Gumprecht bestätigt diese Aussage und weist darauf hin, dass an einer Lösung auf Landes- und Bundesebene gearbeitet wird. Diese sollte bis Mai gefunden sein, um die versicherungsrechtliche Frage zu klären. Ihm ist bekannt, dass es in Thüringen nicht genügend Hebammen gibt. Da keine aktuellen Zahlen zur Verfügung stehen, wurde eine Studie in Auftrag gegeben. Er ist der Meinung, dass hier unbedingt Unterstützung erforderlich ist und wird sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einsetzen.

Ab 17:30 Uhr nimmt die Landrätin an der Sitzung teil.

Herr Gumprecht bittet um Anfragen und Meinungen.

Herr Prehl fragt, was der Landkreis tun kann, denn auf die versicherungsrechtlichen Fragen hat er keinen Einfluss.

Frau Dittmann weist darauf hin, dass hier die Bundesregierung in der Pflicht ist, aktiv zu werden.

Herr Gumprecht vertritt die Meinung, dass aus der persönlichen Haftung eine gesellschaftliche werden muss, zum Beispiel könnte bei den Hebammen im Klinikum der Arbeitgeber die Zahlung der Haftpflicht übernehmen. Er hat dieses Thema auch zur heutigen AR-Sitzung im Klinikum angesprochen. Der Landkreis hat etwas zur Nachsorge getan, und hat eine Familienhebamme eingestellt. Er schätzt aber ein, dass damit der Bedarf in keiner Weise abgedeckt wird, so dass dieser Part in der Haushaltsdiskussion immer wieder berücksichtigt werden muss und keinesfalls dürfen die Leistungen der Familienhebammen gekürzt werden.

Herr Schemmel bringt seine Sympathie zu den Leistungen der Hebammen zum Ausdruck und versichert, dass der Landkreis die Einflussmöglichkeiten bei der „höheren Politik“ nutzt, um Unterstützung bzw. Klärung zu den aufgeworfenen Fragen zu geben.

Herr Prehl bringt zum Ausdruck, dass unser Part der Kreishaushalt ist, wie es von Herrn Gumprecht vorgeschlagen wurde. Er möchte wissen, welchen Teil des Einkommens die Tätigkeit als Familienhebammen ausmacht.

Frau Dittmann erklärt, dass sie als Familienhebamme 20 Wochenstunden arbeitet. Sie hat selbst 5 Kinder. Sie arbeitet in keiner Arztpraxis und keiner Klinik, so dass sie über das Sozialamt zu den Problemfällen kommt. Das Einkommen zahlt zum großen Teil die Krankenkasse, da sie ihre Leistungen „großzügig“ bei der Kasse abrechnet, aber die Haushaltstelle der Familienhebamme im Landkreis ist sehr wichtig. Die Arbeit als Familienhebamme kostet sie viermal so viel Kraft wie die Betreuung einer „normalen“ Schwangeren. Die Arbeit der Familienhebamme wird immer wichtiger auf Grund der sozialen Verhältnisse (Drogen, Alkohol, wirtschaftliche Verhältnisse) und das Geld wird dringend benötigt.

Herr Dr. Blüher ergänzt die Ausführungen und stellt dar, dass die Familienhebammen auch gleichzeitig Sozialarbeiterinnen sind. Der entscheidende Schritt beim Netzwerkaufbau frühe Hilfen war die Einstellung von Familienhebammen, weil die Hebamme den natürlichen Zugang zur Familie hat, der den Mitarbeitern vom Jugendamt oft nicht gewehrt wird. Die Betreuung hat sich somit wesentlich verbessert.

Herr Gumprecht bedankt sich für die Darstellungen von Frau Dittmann. Es ist ihr gelungen, die Anwesenden für dieses Thema sensibel zu machen. Der nächste Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit dem Thema Drogen und Sucht sowie suchtkranke Kinder, was bei der Tätigkeit der Hebammen auch eine Rolle spielt.

Zu diesem TOP gibt es keine weiteren Fragen.

## **TOP 4 Entwicklung von Drogenkonsum und Suchtkrankheiten im Landkreis**

Herr Gumprecht begrüßt die Landrätin, die zwischenzeitlich eingetroffen ist. Er begrüßt weiterhin Herrn Woratz, Leiter der Suchtberatungsstelle (PSBS), und gibt einführende Worte zum Thema Drogen und Sucht. Die Finanzierung der PSBS hat im Sozialausschuss bereits mehrfach auf der Tagesordnung gestanden. Hierbei ging es speziell um die Finanzierung der Präventionsarbeit der PSBS. Herr Woratz wird gebeten, über die Entwicklung von Drogenkonsum und Suchtkrankheiten im Landkreis zu sprechen und wie der Landkreis unterstützend wirksam werden kann bzw. wie die Hilfe des Landkreises aussehen könnte.

Herr Woratz bedankt sich für die Einladung und die Möglichkeit, vor dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zu sprechen und auf die Probleme bei Sucht und Drogen im Landkreis hinzuweisen.

Trotz sinkender Einwohnerzahlen sind die Klientenzahlen etwa gleich geblieben, teilweise aber auch steigend. Der Anteil der suchtkranken Frauen ist angestiegen bedingt durch den Drogenkonsum der synthetischen Droge Crystal, die vorwiegend von Frauen benutzt wird. Die Hauptdiagnosen haben sich von 2010 zu 2013 auffällig geändert, die Einnahme von Stimulanzien (Crystal) ist von 4,1 % auf 14,8 % gestiegen. Der Anteil der Männer zu Frauen beträgt hierbei 44 % zu 56 %. Hiervon sind auch viele junge Mütter und schwangere Frauen betroffen. Die Entwicklung der Klientenzahlen mit der Hauptdiagnose Crystal hat sich von 2008 zu 2013 von 8 auf 55 Personen erhöht. Die Anzahl der Drogentoten ist im Jahr 2013 gestiegen. In Deutschland ist die Zahl von 2012 zu 2013 von 944 auf 1002 gestiegen. Auch im Landkreis Altenburger Land gibt es einen Drogentoten.

In der Suchtberatungsstelle finden Einzel-, Paar- und Gruppengespräche statt. 1.963 Beratungsgespräche mit Betroffenen (60 % mit Alkoholproblematik und 20 % mit Drogenproblematik). Über 40 % der Klienten sind ALG II-Bezieher, 28 % Arbeiter, Angestellte, Beamte und 13 % Rentner.

Weitere Zahlen, statistische Angaben und Problemdarstellungen der Berichterstattung von Herrn Woratz vor dem Sozial- und Gesundheitsausschuss am 24.04.20124 sind im Kreistagsinformationssystem einzusehen.

Ein großes Problem ist die Personalsituation in der Suchtberatungsstelle, die es nicht ermöglicht, eine ausreichende Präventionsarbeit zu leisten. Die Fachempfehlung des TMSFG besagt, dass es in Landkreisen mit ländlicher Struktur, so wie im Altenburger Land, pro 15.000 Einwohner 1 Fachpersonalstelle in der Suchtkrankenhilfe geben soll. Das bedeutet für Altenburg eine Mindestbesetzung von 3,0 VbE. Aktuell sind es 2,75 VbE.

Herr Gumprecht bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Diskussion.

Er stellt die Frage nach den gesundheitlichen Auswirkungen beim Gebrauch von Crystal.

Herr Woratz führt aus, das jährlich 100.000 bis 120.000 Menschen wegen Nikotinabusus in Deutschland sterben, an Alkohol ca. 74.000 und die Zahl der Drogentoten liegt bei aktuell 1.002, wobei die Drogentoten viel jünger sind. Bei Drogenabhängigkeit kommt es zu Konzentrationsschwierigkeiten, die Merkfähigkeit nimmt ab und häufig brauchen die Personen einen Betreuer, weil die Alltagskompetenz nicht mehr gegeben ist. Es gibt für Drogenkranke Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlungen, (oft sind es mehrere, da diese immer wieder unterbrochen werden). Die Entwöhnungsbehandlungen dauern 24 Wochen. Eine Entwöhnungsbehandlung kostet etwas mehr als 20 T€.

Frau Fache sagt etwas zur Verfahrensweise, wie soll mit diesem Thema weiter umgegangen werden. Am 11.04.2014 fand in der Klinik für Psychiatrie eine 4-stündige

Veranstaltung statt, die sich tiefgründig mit der Thematik Drogen beschäftigte. An dieser Veranstaltung haben alle teilgenommen, die sich mit dieser Thematik befassen, auch die Mitglieder des Psychiatriebeirates. Sie bittet in diesem Zusammenhang, dass die Protokolle der Sitzung des Psychiatriebeirates zeitnah zur Verfügung gestellt werden und auch den Ausschussmitgliedern des SGA, damit diese einen Einblick bekommen, mit welchen Themen sich der Psychiatriebeirat beschäftigt. Sie schlägt vor, dass auch Herr Gumprecht als Ausschussvorsitzender an den Sitzungen des Psychiatriebeirates teilnehmen sollte. Es kam der Vorschlag aus dieser Veranstaltung, die Gesundheitswoche im Oktober 2014 unter das Thema Drogen zu stellen.

Herr Gumprecht bittet um weitere Fragen an Herrn Woratz.

Herr Scheidel dankt für den interessanten Vortrag von Herrn Woratz und begrüßt, dass auch das Thema Alkohol und Zigaretten angesprochen wurde, welches legale Drogen sind, mit denen Jugendliche in der Regel als erstes in Kontakt kommen. Er informiert, dass auch der Jugendhilfeausschuss das Thema Drogen auf der Tagesordnung hat. Er möchte wissen, wie ein Kontakt zur Suchtberatungsstelle aufgenommen wird und ob die Betroffenen freiwillig kommen oder geschickt werden.

Herr Woratz erklärt, dass 1/3 eigenmotiviert kommt und 2/3 fremdmotiviert. Viele Klienten kommen, weil sie geschickt werden, da sie selbst kein Abhängigkeitsproblem für sich sehen. Diese Klienten sind dadurch auch nicht sehr motiviert. Er erläutert einige Einzelbeispiele.

Herr Dr. Blüher möchte wissen, ob diejenigen, die von der Familie bzw. dem Ehepartner geschickt werden, als eigenmotiviert oder fremdmotiviert gezählt werden.

Herr Woratz antwortet, dass diese eher als fremdmotiviert betrachtet werden.

Herr Prehl stellt die Frage nach den Ursachen für den Drogenkonsum.

Herr Woratz antwortet, dass die Verfügbarkeit eine Rolle spielt, es gibt im Altenburger Land bereits Labore, die selbst Drogen (Crystal) herstellen, der Mensch spielt eine Rolle, fehlende Ausbildungsplätze und auch das Elternhaus. Diese Frage lässt sich nicht in wenigen Sätzen beantworten, das Problem ist viel komplexer.

Herr Gumprecht führt aus, dass Drogen auch zur Leistungssteigerung genommen werden, z. B. im Studium.

Die Landrätin möchte wissen, was der Landkreis zur Prävention tun kann und wie früh muss mit der Aufklärung begonnen werden. Es ist auffällig, dass bei jungen Frauen das Verantwortungsbewusstsein, besonders ist der Schwangerschaft, fehlt - warum ist das so. Wo muss angefangen werden, um dieses Bewusstsein wieder herzustellen. Ein besonderer Schutz muss den Kindern gelten.

Herr Woratz antwortet, dass hier bereits die Elterngeneration versagt hat, sie haben ihren Kindern das Verantwortungsbewusstsein nicht vermitteln können. Die jungen Heranwachsenden möchten die Gefahren von Drogen in der Schwangerschaft nicht wahrhaben, sie unterschätzen sie Gefahr.

Herr Prehl fragt, ob hier die Bergbautradition noch eine Rolle spielt, wo die Bergleute noch Alkohol in Form von Kontingent erhalten haben.

Herr Woratz bestätigt, dass dies eine Rolle spielen könnte. Es gibt Aussagen, dass etwa ein Viertel der Wismutkumpel ein Alkoholproblem hatte, aber die Entwicklung vom Missbrauch bis zur Abhängigkeit dauert je nach Veranlagung über Monate bis zu Jahren. Bei Drogenkonsumenten ist der Schritt bis zur Abhängigkeit wesentlich kürzer.

Herr Tanzmann unterstützt die Wichtigkeit, dass das Thema Drogen jetzt im Fokus der Politik steht. Er fragt nochmals nach der personellen Besetzung in der Suchtberatungsstelle, die derzeit mit 2,75 VbE besetzt ist, die Mindestbesetzung wären aber 3 VbE entsprechend den Einwohnerzahlen im Landkreis. Hier muss im Kreishaushalt

eine entsprechende finanzielle Aufstockung vorgenommen werden. Er fragt, ob die 3 VbE dann dem Anspruch für die Präventionsarbeit gerecht werden würden.

Herr Woratz antwortet, dass die Besetzung mit 3 VbE das Minimum wäre, es wäre wenigstens ein Anfang.

Herr Scheidel führt aus, dass bei der jetzigen Einwohnerzahl im Landkreis aber mindestens 6 Stellen in der Suchtberatung benötigt würden.

Es wird darauf hingewiesen, dass es im Landkreis noch andere Anbieter auf diesem Gebiet gibt.

Herr Scheidel stellt fest, dass es in Thüringen im Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl mehr Drogentote als in Sachsen gibt. Er führt aus, dass die Präventionsarbeit bereits bei Kindern im Alter von 10 Jahren beginnen muss und nicht erst bei Jugendlichen von 16 Jahren. Weiterhin spricht er das Thema Alkohol an, hier auch die durchgeführten Testkäufe von Jugendlichen im Landkreis. Diese Testkäufe wurden ausgewertet und in der Presse veröffentlicht. Welche Reaktion hierzu gibt es von Seiten des Jugendamtes?

Herr Gumprecht weist darauf hin, dass diese Problematik in der Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses liegt.

Herr Nowosatko führt aus, dass dazu Frau Fischer am ehesten aussagefähig ist. Er ist auch bestürzt über die vorgelegten Zahlen. Zu den Testeinkäufen führt er aus, dass die Kontrollen immer personenbezogen durchgeführt werden und auch die Auswertung mit der Person erfolgt, die verkauft hat. Es finden natürlich auch Gespräche, in größeren Verkaufseinrichtungen, mit den Filialleitern statt. Es gibt Überlegungen, diese Kontrollen mehr als nur einmal jährlich durchzuführen, wenn dies personell umsetzbar ist.

Herr Tanzmann bittet darum, Vergleichszahlen zu vorherigen Testkäufen evtl. zum JHA vorzulegen.

Herr Nowosatko antwortet, dass es hier keine großen Veränderungen zur Vorkontrollen gibt.

Es folgt nochmals eine Diskussion zum Verantwortungsbewusstsein werdender Mütter und junger Mütter im Umgang mit Drogen und die Wegnahme von Kindern.

Herr Gumprecht bedankt sich bei Herrn Woratz für die sehr interessanten Ausführungen und die Diskussion und schlägt folgendes Vorgehen vor:

Es sollte eine Empfehlung an den nächsten Kreistag erfolgen, die finanziellen Zuschüsse für die Suchtberatung zu erhöhen.

Weiterhin sollte die Woche der Gesundheit im Herbst 2014 mit diesem Thema belegt werden.

Die Beratungslehrer an den Schulen müssen frühzeitig Präventionsarbeit im Unterricht leisten und auch die Schulsozialarbeiter müssen in diesen Prozess einbezogen werden.

Herr Gumprecht schlägt vor, am 12.05.2014 eine Sondersitzung des SGA zum Thema Drogen durchzuführen unter Einbeziehung aller Multiplikatoren zu dieser Thematik. Der Titel einer solchen Veranstaltung könnte heißen: „Gesunde Seelen sind nicht süchtig“.

Dieses Thema findet Herr Schemmel diskriminierend.

Herr Dr. Blüher führt aus, dass er diesen Titel auf einem Kongress in Halle gehört hatte. Dieser Kongress beschäftigte sich mit suchtkranken Kindern und er hält diesen durchaus für richtig. Wenn über Präventionsstrategien gesprochen wird, muss man unterscheiden in Verhaltensprävention und Verhältnisprävention. Es ist ganz wichtig, Mehraufwand zu betreiben in der Präventionsarbeit der Suchtberatungsstellen, was von Herrn Woratz auch deutlich dargestellt worden ist. Es sind wieder gesunde Familien- und Tagesstrukturen herzustellen. Da es aber schwer ist, an die Elternhäuser heranzukommen, muss in Schulen und Kindereinrichtungen Präventions-



arbeit geleistet werden, wobei die Schule die Elternhäuser nicht ersetzen kann. Man sollte auch die Erwartungen nicht zu hoch setzen.

Frau Matzulla führt aus, dass zu diesem Thema schon oft im Ausschuss gesprochen worden ist und findet es jetzt sinnvoll, dies zur nächsten Kreistagssitzung anzusprechen, damit der neu gewählte Kreistag und der neue SGA dies gleich in die Haushaltsdiskussion mit aufnehmen können. Es ist auch gut, zur Gesundheitswoche im Herbst 2014 das Thema aufzunehmen, aber nicht sinnvoll, dazu am 12.05.2014 eine zusätzliche Veranstaltung durchzuführen. Dieser Meinung schließen sich noch mehrere Ausschussmitglieder an.

Die Landrätin führt aus, dass der vorgesehene Personenkreis, der am 12.05.14 eingeladen werden soll, sich bereits in unterschiedlichen Gremien mit dem Thema Drogen beschäftigt. Es werden auch von Seiten der Stadt Altenburg und Zwickau Fachkonferenzen organisiert. Sie begrüßt diese Initiativen, da nun endlich das Bewusstsein für dieses Thema da ist und nicht mehr weggeschaut wird. Sie schlägt vor, die Vorbereitung einer solchen Veranstaltung (in welcher Form auch immer, evtl. Fachkonferenz) in einem kleinen Arbeitskreis (Gumprecht, Nowosatko, Fischer, Dr. Blüher) zu besprechen. In so großem Rahmen handelt es sich nicht mehr um eine Ausschusssitzung.

Dieser Vorschlag wird von Herrn Gumprecht zustimmend zur Kenntnis genommen. Folgende Abstimmung wird vorgenommen:

1. Dem Kreistag vorzuschlagen, die finanziellen Zuschüsse für die Suchtberatung zu erhöhen
2. Unterstützung der Woche der seelischen Gesundheit im Oktober 2014 – Thema Drogen „Gesunde Seelen sind nicht süchtig“
3. Durchführung einer Veranstaltung (evtl. Fachkonferenz) zum Thema Drogen (Vorbereitung durch eine Arbeitsgruppe (Gumprecht, Nowosatko, Fischer, Dr. Blüher) – hierzu gibt es erneut eine Diskussion, in welcher Form die Veranstaltung stattfinden soll und zu welchem Zeitpunkt, da der 12.05.2014 für eine ordnungsgemäße Einladung zu kurzfristig ist. – Dieser Punkt wird zurückgezogen.

Herr Gumprecht bittet um Abstimmung zu den Punkten 1. und 2.

Die Punkte 1. und 2. finden einstimmige Zustimmung.

Zu diesem TOP gibt es keine weiteren Diskussionen. Frau Dittmann, Herr Woratz, Herr Strecker und Herr Haegeler verlassen die Sitzung.

## **TOP 5 Rufbereitschaft Sozialpsychiatrischer Dienst**

Herr Dr. Blüher informiert, dass auf Grund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Zwangbehandlung psychisch Kranker alle Maßnahmen, die sich mit der Betreuung psychisch Kranker beschäftigen, rechtlich neu bewertet wurden. In diesem Zusammenhang mussten die Regelungen zur Unterbringung psychisch Kranker nach ThürPsychKG, wie sie im Altenburger Land seit 2002 praktiziert wurden, zurückgenommen werden. Das bedeutete, dass die abgeschlossenen Verträge mit den Notärzten, die hier hoheitliche Aufgaben wahrgenommen haben, gekündigt werden mussten. Die neue Verfahrensweise wurde in einer Zusammenkunft mit den Notärzten, dem Leiter der PI Altenburger Land und dem Chefarzt der Klinik für Psychiatrie erläutert, besprochen und es wird wie folgt verfahren:

Es dürfen nur noch Angestellte der Behörde hoheitlich tätig werden, so dass ein Rufbereitschaftsdienst beim sozialpsychiatrischen Dienst eingerichtet wurde. Dieser wird geleistet von Mitarbeitern des sozialpsychiatrischen Dienstes, 3 Ärzten und 2 weiteren Mitarbeitern des Fachdienstes Gesundheit. Der Notarzt muss einschätzen, ob es

sich um einen sozialpsychiatrischen Notfall handelt und ruft dann den diensthabenden Mitarbeiter des SpDi an, der eine Unterbringung nach ThürPsychKG auslöst. Diese Anordnung kann telefonisch ausgesprochen werden und die Formalitäten werden am nächsten Tag in der Klinik erledigt, es kann aber auch vorkommen, dass der Diensthabende vor Ort muss. Diese Verfahrensweise wurde vom Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigt.

Die Landrätin ergänzt die Ausführungen von Dr. Blüher und bringt ihr Bedauern zum Ausdruck, dass die bisherige Verfahrensweise nicht mehr praktiziert werden kann, da diese auch kostengünstig für den Landkreis war. Die neue Regelung bedeutet eine Erhöhung der Kosten für 2 bis 2,5 Stellen. Die Rufbereitschaft wird zum Teil bezahlt und zum Teil als Freizeitgewährung abgegolten. Diese Regelung bedeutet eine finanzielle Mehrbelastung für den Kreishaushalt und für die Mitarbeiter im FD Gesundheit eine höhere Arbeitsbelastung.

Herr Gumprecht möchte wissen, um welche Einweisungen es geht.

Herr Dr. Blüher erklärt, dass es sich ausschließlich um Unterbringungen nach § 9 ThürPsychKG (vorläufige Unterbringung) handelt. Diese Unterbringung ist nur für die 24 Stunden möglich, danach muss die Unterbringung nach § 8 ThürPsychKG, wenn erforderlich, beim Gericht beantragt werden.

Zu diesem TOP gibt es keine weiteren Anfragen.

## **TOP 6 Sonstiges, Allgemeines**

Frau Fache macht Ausführungen zur Arbeit und zur Besetzung des Psychiatriebeirates. In diesem sind zwei Vertreter des Kreistages und zwei Stellvertreter Mitglied. Die Qualität der Arbeit des Psychiatriebeirates hat sich seit der Mitarbeit des neuen Chefarztes der Klinik für Psychiatrie, Herrn Dr. Schäfer, verbessert. Leider waren die Vertreter des Kreistages und auch deren Stellvertreter nicht immer anwesend. Es sollte eine engere Zusammenarbeit auch mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und den gewählten Vertretern des Kreistages im Psychiatriebeirat geben. Es wäre denkbar, dass auch der Vorsitzende des SGA eine Einladung zu den Sitzungen erhält, um eine breite Transparenz der Arbeit des Psychiatriebeirates zu erhalten.

Frau Fache hat nicht gewusst, dass zur heutigen Sitzung ein Vertreter der Presse anwesend war. In anderen Ausschusssitzungen wird dies zum Anfang bekannt gegeben.

Herr Gumprecht bittet den neuen FBL 2 und Jugendamtsleiter, Herrn Nowosatko, sich vorzustellen.

Vorweg spricht die Landrätin und erklärt, dass Frau Gräfe immer an den Sitzungen des SGA als Fachfrau für den sozialen Bereich teilgenommen hat und sie zur Kreistagssitzung am 07.05.2014 verabschiedet wird. Sie bittet die Mitglieder des Ausschusses, dass jemand an Frau Gräfe einige Worte zum Abschied richtet. Sie freut sich über die nahtlose Neubesetzung der Fachbereichsleitung des FB 2 und gleichzeitig Jugendamtsleitung durch Herrn Nowosatko und weist auf den Presseartikel in der OVZ vom Wochenende hin, in dem Herr Nowosatko vorgestellt worden ist. Sie übergibt ihm das Wort.

Herr Nowosatko dankt für die gute Überleitung zum Zeitungsartikel. In diesem wurde ausführlich zu seiner Person berichtet. In den letzten 20 Jahren war er überwiegend im Bereich der Jugendhilfe tätig, hier besonders für Hilfen aus dem SGB VIII. Neu für ihn sind die Bereiche Gesundheit und Soziales. Hier ist er dabei, sich einzuarbeiten. Er hat eine Ausbildung als Diplom-Pädagoge im Bereich Heilpädagogik und Re-

habilitation, eine Ausbildung als Familientherapeut und einen Masterabschluss Sozialmanagement.

Die Landrätin informiert, dass der Haushalt für 2014 jetzt bestätigt ist.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Anfragen und Informationen.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 19:35 Uhr die öffentlichen Sitzung und geht zum nicht öffentlichen Sitzungsteil über.

Altenburg, den 20.05.14

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Christian Gumprecht  
Ausschussvorsitzender

Barbara Hillig  
MA FD Gesundheit